

Der Weg in die Hölle ist gepflastert mit grünen Absichten

geschrieben von Chris Frey | 21. August 2025

[Willis Eschenbach](#)

***Vorbemerkung:** Bereits im Jahre 2018 hat Willis Eschenbach einen [Artikel](#) mit fast der gleichen Überschrift geschrieben, in welchem er den „Weg in die Hölle gepflastert mit Solarpaneelen“ thematisiert hatte. Das steht in deutscher Übersetzung [hier](#). – Ende Vorbemerkung*

Manchmal kann man sich nur wundern, wie viel wir alle bereit sind, für die Illusion des „grünen Fortschritts“ zu zahlen. New Jersey hat – wie das halbe Land – beschlossen, dass die Reinheit des Klimas durch Windturbinen, Solarpaneele und endlose Pressekonferenzen erreicht werden soll, auf denen der Sieg über die bösen alten fossilen Brennstoffe verkündet wird. Aber jemand hat vergessen, die Zahlen zu überprüfen, und jetzt kommt die Rechnung mit einem kleinen Zettel: „Sofort fällig. Keine Rückerstattung. Siehe: Ihre monatliche Stromabrechnung.“

Beginnen wir mit dem neuesten Schreckgespenst: Die Kapazitätsauktion von PJM. Das Akronym „PJM“ taucht überall in den Berichten über Strommärkte, Netzdramen und Kopfschmerzen der Steuerzahler an der Ostküste auf. Doch was ist PJM eigentlich – abgesehen von einer endlosen Reihe von Pressemitteilungen der Regulierungsbehörden und Auktionsergebnissen?

PJM steht zu Hause für Pennsylvania-New Jersey-Maryland Interconnection. Trotz des Namens handelt es sich nicht mehr nur um diese drei Staaten. Sie ist heute die größte regionale Übertragungsorganisation (RTO) der Vereinigten Staaten, die alle oder einen Teil von 13 Bundesstaaten (z. B. New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Virginia, Illinois usw.) sowie Washington, D.C. umfasst und sich vom Rostgürtel bis zum Rand des Südens erstreckt. Sein Gebiet umfasst 65 Millionen Menschen – fast ein Fünftel des Landes. Was im Kontrollraum von PJM geschieht, entscheidet also oft darüber, ob Ihre Klimaanlage im August brummt oder wimmert.

Aber PJM ist kein Stromversorger. Sie besitzt keine Übertragungsleitungen, keine Kraftwerke und keine Umspannwerke. Sie ist der Fluglotse des Stromnetzes – sie koordiniert den Stromfluss über 88.000 Meilen Hochspannungsleitungen, verwaltet mehr als 1.400 Stromerzeuger und setzt die Hebel der gigantischen Energiemärkte in Bewegung, wo die Versorgungsunternehmen die Elektronen kaufen, die sie in Ihr Wohnzimmer liefern. Wenn Sie von Kapazitätsauktionen, Day-Ahead-Märkten oder „Netzsicherheits-Ereignissen“ hören, ist PJM der Schiedsrichter, der die Figuren auf dem riesigen Schachbrett von Angebot und Nachfrage bewegt.

PJM arbeitet rund um die Uhr und verfolgt die Stromerzeugung, überwacht die Nachfrage in Echtzeit und weist Kraftwerke an, damit alles von Minute zu Minute im Gleichgewicht bleibt. Sie sollen dafür sorgen, dass die Lichter für Krankenhäuser, Fabriken, Schulen und Ihre mitternächtliche TikTok-Angewohnheit an bleiben. Ihr heiliger Gral? Zuverlässigkeit und niedrige Kosten, indem sie – im Idealfall – immer die billigste verfügbare Stromquelle nutzen und Stromausfälle verhindern, wenn das Wetter oder ein fehlerhaftes Kraftwerk einen Strich durch die Rechnung macht.

Wichtig ist, dass PJM die Kunden nicht direkt bedient oder Ihnen eine Rechnung schickt. Ihr Energieversorger – PSEG, JCP&L, Atlantic City Electric und andere – kauft bei diesen großen Auktionen Strom und gibt die Kosten an die Verbraucher weiter. Wenn die PJM-Auktionen in die Höhe schnellen, steigen auch Ihre Tarife. Wenn das Netz aufgrund der Integration erneuerbarer Energien, „der Nachfrage von Rechenzentren“ oder der Stilllegung von Kernkraftwerken“ ins Wanken gerät, läutet PJM die Alarmglocke und mischt den Strommix um, wobei die Versorgungsunternehmen (und damit auch Sie) oft mehr für die Zuverlässigkeit zahlen müssen.

Wenn Sie also das nächste Mal „PJM“ in den Nachrichten sehen, denken Sie daran: PJM ist kein Unternehmen, keine Regierungsbehörde und wird nicht von verrückten Wissenschaftlern oder Wall Street Quants geleitet. Es ist der große, komplizierte, gemeinnützige Netzmanager, dessen Aufgabe es ist, mit den Elektronen zu jonglieren, die morgigen Spitzenwerte vorherzusagen, die Märkte zu leiten und – hoffentlich – Ihr Abendessen vor der Dunkelheit zu bewahren. Wenn sie husten oder niesen, prüft jeder von New Jersey bis Ohio seinen Sicherungskasten – nur um sicherzugehen.

Jahrelang lag der PJM-Auktionspreis für „garantierten“ Strom – also Strom, der nach Sonnenuntergang das Licht anlässt – bei 29,92 \$ pro Megawatt-Tag. Diese Zahl ist gerade durch die Leitplanken der Vernunft hindurch auf 329,17 \$/MW-Tag für 2026 gestiegen. Das ist ein **Anstieg um das Zehnfache**.

[Hervorhebung im Original]

(Beachten Sie, dass die Einheit \$ pro Megawatt-Tag die jährliche Kapazitätzahlung des Marktes an die Erzeuger für die Gewährleistung ihrer Verfügbarkeit reflektiert, unabhängig von der tatsächlich gelieferten Energie. Die Zahl ist nicht zur direkten Umrechnung in eine Energieeinheit (\$/kWh) für die Rechnungen der Endverbraucher gedacht, da sie sich auf Bereitschafts- und Zuverlässigkeitsverpflichtungen bezieht, nicht auf gelieferte Energie).

Die Energieversorger schlucken diese Kosten nicht, sondern geben sie weiter wie heiße Kartoffeln, und plötzlich ist ein Fünftel Ihrer Rechnung nur noch „Kapazität“, d. h. „Reserve für Dinge, die nicht funktionieren, wenn es bewölkt, windstill oder 17 Uhr ist“.

Warum der Anstieg? Das Stromnetz wurde zu einem Jonglierakt gezwungen, der dem Cirque du Soleil würdig ist. New Jersey, wie jeder andere grüne Vorreiter“, legt aus politischen Gründen Gas- und Kernkraftwerke still und setzt dann seine Hoffnungen auf erneuerbare Energien, die Übertragungsleitungen und Netzspeicher benötigen, die noch nicht gebaut sind. Es gibt einen Rückstand von 143 Gigawatt – ja, Gigawatt, ja, Rückstand – in der Projektwarteschlange von PJM, das meiste davon Wind- und Solarenergie, die auf Bürokraten, Gerichtsverfahren, regulatorische „Rationalisierung“ und die anhaltende Dummheit der Verbraucher warten. Theoretisch könnte der Staat in kohlenstofffreiem Ruhm baden, aber die meisten dieser Projekte sind im Sumpf der Verbindungsleitungen eingefroren, wobei sich Offshore-Windkraftanlagen um mindestens zwei Jahre verzögern und Solarparks durch Übertragungsengpässe blockiert werden.

Jetzt kommt der Joker ins Spiel: der Goldrausch der KI/Rechenzentren. Was früher nur eine Fußnote auf der Nachfrageseite war, macht heute 4 % der Gesamtlast in der PJM-Region aus – mit einer geradlinigen Tendenz auf 12 % bis 2030. Fast 70 % des diesjährigen Preisanstiegs? Schuld daran sind die Serverfarmen, die Terawatt verschlingen, damit Ihr Roboter-Butler über Katzenvideos halluzinieren kann. Die eigenen Modelle von PJM geben nun zu, dass sich das Gesamtwachstum der Nachfrage verdreifacht hat und schon bald 5 % pro Jahr erreichen könnte, während das neue „saubere“ Angebot auf den Kinderschuhen stecken bleibt.

Und was bedeuten all diese hochgesteckten Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien eigentlich für Sie? Bis August 2025 sind die Tarife für Privathaushalte auf 19,74¢ pro kWh gestiegen. Die durchschnittliche Rechnung liegt jetzt bei 129 \$/Monat – 20 % über dem nationalen Durchschnitt, wobei Familien mit niedrigem Einkommen zwischen Lebensmitteln und dem Privileg wählen müssen, den Warmwasserbereiter zu betreiben. Geschäftsinhabern entstehen monatliche Kosten in Höhe von 2.800 \$ für mittelgroße Betriebe.

Die Energieversorgungsunternehmen werden Ihnen Tipps zum Energiesparen geben, vielleicht sogar einen Rabatt für ein intelligentes Thermostat, aber sie werden Ihnen – sehr leise – erklären, dass sie nur die PJM-Kosten aus dem vorgelagerten Bereich weiterleiten. Auktionsergebnisse, Nachfragemodellierung, globale Brennstoffinstabilität, Verzögerungen bei den erneuerbaren Energien: all das wird in Ihre Abrechnung einfließen, ohne dass es einen Posten für „Wünsche“ gibt.

Modernisierung des Netzes? Sicher. Die Aufsichtsbehörde für öffentliche Versorgungsbetriebe schreibt einige Regeln um, drängt auf „rationalisierte“ Solaranschlüsse und verspricht, alle in den Schoß der sauberen Energie zu holen. Aber jede Verbesserung erfordert Milliarden für den Ausbau der Übertragungsnetze, „verbesserte Zuverlässigkeitsstandards“ und unweigerlich mehr Papierkram für die Zusammenschaltung, was zu weiteren Verzögerungen und höheren Kosten führt.

Währenddessen werden landesweit Projekte für saubere Energien (Offshore-Windkraftanlagen, Speicherfarmen, Wasserstoff-Pilotprojekte) in Milliardenhöhe gestrichen – 14 bis 22 Milliarden Dollar allein im Jahr 2025 – aufgrund von politischer Unsicherheit, Menschen, die sich die tatsächlichen Kosten der „erneuerbaren Energien“ genau ansehen, verschwundenen Steuergutschriften und gelegentlichen Führungswechseln. In der Zwischenzeit sorgen Moratorien, regulatorische Dramen und Gerichtsverfahren dafür, dass für jedes „transformative“ Windprojekt, das gestartet wird, zwei weitere gestoppt oder verzögert werden.

Und jetzt kommt der Knackpunkt: Während die Befürworter skandieren, dass „Solar- und Windenergie die billigsten Energieformen sind“, bietet die reale Welt immer wieder Tarifierhöhungen, Kapazitätskrisen und Rechnungen, die sich wie eine Lösegeldforderung lesen.

Was wir kaufen, ist weder Zuverlässigkeit noch Erschwinglichkeit – es ist ein ständiges Versprechen zukünftiger Einsparungen, für immer im nächsten Quartal, wenn wir Glück haben. Die Einwohner New Jerseys müssen also für Kapazitäten zahlen, die das Netz nicht mehr garantieren kann, für Reservekapazitäten für Stromquellen, die bei Sonnenuntergang ausfallen, und für Übertragungsleitungen, die auf einen bestimmten Zeitpunkt warten.

Das Dumme daran? Anstatt erschwingliche „saubere“ Energie zu bekommen, müssen die Steuerzahler einen Zirkus aus Subventionen und spekulativen Projekten finanzieren, deren Verzögerungen und Misserfolge in den öffentlichen Aufzeichnungen festgehalten sind. Wenn Ihre Tarife in die Höhe schnellen, denken Sie daran: Das sind die Kosten, die entstehen, wenn Sie auf erneuerbare Energien setzen, die von unbeständigem Wetter, bürokratischer Magie und einem Markt abhängen, der Wunschdenken über funktionierende Elektronen stellt.

Und wenn Politiker die Schönheit der erneuerbaren Energien preisen, während die Preise immer weiter steigen, fragen Sie sich einfach: Wie viel kostet die Hoffnung pro Kilowattstunde?

Denn in New Jersey werden Sie es auf Ihrer nächsten Stromrechnung erfahren, ob Sie es nun wollten oder nicht.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/16/the-road-to-hell-is-paved-with-green-intentions/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Die Narretei der Klima-Führungsrolle: Großbritanniens Netto-Null-Masochismus und die Fata Morgana China

geschrieben von Chris Frey | 21. August 2025

[From Tilak's Substack](#)

Es gehört zu den beständigen Wundern politischer Hybris, dass ein kleiner, sich de-industrialisierender Inselstaat, der weniger als 0,8 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht glaubt, die Welt zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen „führen“ zu können. Dieser Glaube – der von den politischen Eliten in Westminster sowohl auf der konservativen als auch auf der Labour-Bank aufrichtig vertreten wird – hat eine Energiepolitik hervorgebracht, die moralische Selbstdarstellung mit wirtschaftlicher Selbstbeschädigung verbindet. Das Ergebnis ist eine Fallstudie wie aus dem Lehrbuch, wie Tugendhaftigkeit, getarnt als „Klimaführerschaft“, eine Wirtschaft ausbremsen und gleichzeitig genau die geopolitischen Rivalen stärken kann, die man angeblich ausstechen will.

Die jüngste Manifestation dieser Wahnvorstellung kommt von Ed Milibands „Leiter der Mission Control for Clean Power by 2030“ Chris Stark. In einem Artikel im Telegraph [drängt](#) Stark Großbritannien dazu, China nachzueifern und ein „Elektrostaat“ zu werden – eine Nation, die ausschließlich mit reichlich kohlenstoffarmer Elektrizität versorgt wird – und behauptet, dass „wir diese Veränderungen ignorieren, was uns gefährdet“. Starks Prämisse ist ebenso atemberaubend in ihrer Naivität wie in ihrer Selektivität. China, so sagt er uns, „verlegt riesige Netze von Übertragungsleitungen, stellt die weltweit größte Flotte von Elektrofahrzeugen auf und setzt Solar- und Windkraftanlagen in einem Ausmaß ein, das den Rest der Welt in den Schatten stellt.“

Chinas Netto-Null-Versprechen: Rauch, Schall und 2060

Es ist ein attraktives Bild – wenn man die [unbequemen](#) Fakten ausblendet, dass China nach wie vor zu 60 % von Kohle angetrieben wird, jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke genehmigt und jährlich eine Kohlekapazität hinzufügt, die der des gesamten britischen Stromnetzes entspricht. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur ([IEA](#)) hat der Kohleverbrauch im vergangenen Jahr mit 8,77 Milliarden Tonnen einen neuen Rekord erreicht, was auf den rasant steigenden Kohleverbrauch in China und Indien zurückzuführen ist. Die Internationale Energieagentur berichtet, dass Chinas Kohleverbrauch von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf heute schätzungsweise 4,5 Milliarden Tonnen gestiegen ist. Das ist kein

Druckfehler. Es ist die Energie-Realität.

Für die Klimagläubigen ist Chinas Versprechen, bis 2060 kohlenstoffneutral zu sein, ein kühnes „Angebot, die Welt anzuführen“. Für erfahrene China-Beobachter ist es eine Übung in diplomatischem Theater. Die erfahrene China-Beobachterin Patricia Adams, die für die Global Warming Policy Foundation schreibt, [erinnert](#) uns daran, dass die höchste Priorität der Kommunistischen Partei Chinas nicht die Agenda der UN-Klimarahmenkonvention ist, sondern ihr eigenes politisches Überleben. Dieses Überleben hängt von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum ab, das wiederum einen immer höheren Verbrauch an fossilen Brennstoffen erfordert. Auch kritische Fragen der Umweltverschmutzung wie Stadtsmog und Luftqualität müssen geklärt werden, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Chinas großen Städten zu verhindern. Die „Führungsrolle“ beim globalen Klimawandel steht nicht auf der Liste der politischen Prioritäten Chinas, auch wenn dies für naive Sinophile wie Ed Miliband und Chris Stark nicht ersichtlich ist.

In Artikel 3 Absatz 1 des UNFCCC [1992] heißt es: „Die Vertragsparteien sollen das Klimasystem zum Nutzen der heutigen und der künftigen Generationen der Menschheit auf der Grundlage der Gleichheit und im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen [Verantwortlichkeiten](#) und jeweiligen Fähigkeiten schützen. Dementsprechend sollten die Vertragsparteien in Gestalt der entwickelten Länder die Führung bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner nachteiligen Auswirkungen übernehmen.“ Seit den ersten Klimaverhandlungen hat sich Peking als Verfechter des Blocks der „Entwicklungsländer“ positioniert und sich damit selbst von verbindlichen Emissionssenkungen ausgenommen, während es vom Westen riesige Summen von „Klimafinanzierung“ fordert.

Das Pariser Abkommen von 2015, das in den westlichen Hauptstädten als Durchbruch gefeiert wurde, war in der Praxis eine große Abmachung, in der China versprach, bis 2060 emissionsneutral zu werden – ein Meilenstein, der Jahrzehnte in der Zukunft liegt, ohne Verpflichtungen, wie stark die Emissionen steigen werden und mit welcher Geschwindigkeit sie nach einem Höchststand zurückgehen. Im Gegenzug verpflichteten die Regierungen Obama und Biden der US-Wirtschaft zu kostspieligen Umweltauflagen, vergaben Subventionen und starteten einen regelrechten [Angriff](#) auf die US-amerikanische Kohle-, Öl- und Gasindustrie.

Im Jahr 2010 [gestand](#) der leitende Beamte des UN-Klimarats Professor Dr. Ottmar Edenhofer, dass Klimapolitik fast nichts mehr mit Umweltschutz zu tun hat und dass der bevorstehende Weltklimagipfel in Cancun in Wirklichkeit eine Wirtschaftskonferenz war, auf der über die Umverteilung der Ressourcen der Welt verhandelt wurde.

Im Jahr 2015 [erklärte](#) Christiana Figueres, die damalige Exekutivsekretärin des UNFCCC, dass das Ziel der Umweltaktivisten darin bestehe, den Kapitalismus selbst neu zu definieren. „Es ist das erste

Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir uns die Aufgabe stellen, innerhalb einer bestimmten Zeitspanne das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zu ändern, das seit mindestens 150 Jahren vorherrscht, also seit der industriellen Revolution“, sagte sie. Mit Blick auf die in jenem Jahr stattfindende Pariser Klimakonferenz fügte sie hinzu: „Dies ist wahrscheinlich die schwierigste Aufgabe, die wir uns je gestellt haben, nämlich das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit bewusst zu verändern.“

Seit Paris sind Chinas Treibhausgasemissionen nicht gesunken, sondern gestiegen. Zwischen 2018 und 2023 hat das Land mehr neue Kohlekapazitäten genehmigt als der Rest der Welt zusammen. Chinas Wind- und Solaranlagen sorgen zwar für Schlagzeilen, produzieren aber nur einen bescheidenen Anteil des Stroms und werden von den „schlimmsten Drosselungsraten der Welt“ geplagt. Wie Patricia Adams [dokumentiert](#), wurden durch großzügige Subventionen enorme ungenutzte Kapazitäten geschaffen, wobei die gedrosselte Windkraftleistung ausreicht, um Peking ein Jahr lang mit Strom zu versorgen – wenn sie nur das Netz erreichen würde.

Großbritanniens selbst auferlegte Energie-Zwangsjacke

Im Gegenteil, Großbritannien hat sich voll engagiert. Unter Gordon Brown von der Labour-Partei verabschiedete das Parlament 2008 eine rechtsverbindliche [Verpflichtung](#), die Emissionen bis 2050 um 80 % zu senken. Im Jahr 2019 wurde dieses Ziel nach einer 88-minütigen [Debatte](#) im Unterhaus auf Anraten des Ausschusses für Klimawandel, der seine [Kosten-Projektionen](#) für Offshore-Windkraftanlagen auf ein einziges windreiches Jahr stützte, auf 100 % – Netto-Null – angehoben. Boris Johnson, der sich in vollem Aufputschmodus befindet, erklärte Großbritannien zum „Saudi-Arabien der Windkraft“.

Was die Stark-Miliband-Linie „Lasst uns China nacheifern“ so erstaunlich macht, ist die Tatsache, dass sie Chinas Investitionen in erneuerbare Energien als Zeichen eines ideologischen Engagements missversteht, während es sich in Wirklichkeit um eine Form des Staatskapitalismus handelt. Pekings Ausbau von Solar-, Wind- und Elektrofahrzeugen ist kein Kreuzzug gegen fossile Brennstoffe, sondern eine kalkulierte Strategie, um die Lieferketten von Technologien zu dominieren, auf die der Westen – politisch, nicht wirtschaftlich – angewiesen ist.

Durch die Förderung von Solarmodulen, Windturbinen und Batterien für Elektrofahrzeuge auf den westlichen Märkten – und die Sicherstellung, dass sie mit billigem Kohlestrom im eigenen Land produziert werden – erobert China die hochwertigen Produktions- und Exportmärkte, während seine Konkurrenten mit den höheren Kosten für die Integration intermittierender erneuerbarer Energien in ihre Netze zu kämpfen haben. Hinter der Herstellung von Wind-, Solar- und EV-Komponenten und fertigen Produkten stehen ganze, weltumspannende Lieferketten, die vom Bergbau bis zur Raffination von Mineralien und seltenen Erden reichen und

ausschließlich von China [dominiert](#) werden.

Ed Miliband besuchte China im März, wo er eine engere [Zusammenarbeit](#) mit China im Bereich der grünen Energie versprach. Doch fünf Monate später hat die Regierung den Text des von ihm unterzeichneten Memorandums noch immer nicht veröffentlicht. Dem [Guardian](#) zufolge hofft der britische Staatssekretär für Energiesicherheit und Net Zero Ed Miliband, „gemeinsam mit China und den Entwicklungsländern eine neue globale Achse zugunsten des Klimaschutzes zu bilden, um Donald Trumps Abkehr von der grünen Politik in den USA entgegenzuwirken“.

Das ist es, was Milibands blauäugiges Gerede von einer „neuen globalen Achse“ mit China als Vorreiter in Sachen Klima für erfahrene Beobachter so lächerlich macht. China schließt sich Großbritanniens grünem Kreuzzug nicht an, sondern monetarisiert ihn. UK und die EU sind vollkommen zufrieden damit, sich selbst in die Energiearmut zu manövrieren, während sie chinesische Ausrüstung kaufen, um genau das zu tun.

Der Öffentlichkeit in Großbritannien wird erzählt, dass hohe Rechnungen ein Problem Putins sind, dass wir „Geiseln der volatilen Gasmärkte“ sind und dass mehr Windparks und Solaranlagen uns von dieser Volatilität befreien werden. Die Erdgaspreise in Europa sind fast auf den Stand vor der durch den Ukraine-Russland-Krieg ausgelösten Versorgungskrise gesunken. Die geschätzten Stromrechnungen für einen Durchschnittshaushalt in UK sind jedoch um 35,5 % gestiegen, von 652 £ im Jahr 2021 auf 884 £ im Jahr 2024, wie aus den Daten von Ofgem hervorgeht. Während die gestiegenen Gaspreise (die eine zusätzliche Kohlenstoffsteuer enthalten, die von Energieversorgern gezahlt wird, die Strom mit Erdgas erzeugen) bei diesem Anstieg eine Rolle spielten, zeigt die Arbeit von David [Turver](#) und Andrew [Montford](#), dass die Reihe von Subventionen, die Kosten für den Systemausgleich (aufgrund der Intermittenz der erneuerbaren Energien) und der Ausbau des Netzes zur Unterstützung der zunehmenden Abhängigkeit von Solar- und Windparks eine weitaus wichtigere Rolle spielen.

Großbritannien hatte einst eine florierende industrielle Basis, die auf erschwinglicher, sicherer Energie beruhte. Heute wird die energieintensive Industrie – Stahl, Chemie, Glas – vom Markt verdrängt. Unter Berufung auf das Office for National Statistics [berichtet](#) die Financial Times, dass die Produktion in den energieintensiven Industrien in UK im Jahr 2025 seit 2021 um ein Drittel zurückgegangen ist und damit ein 35-Jahres-Tief erreicht hat. Die Produktion von Papier, Petrochemie, Basismetallen und anorganischen Produkten wie Zement und Keramik war 2024 auf dem niedrigsten Stand seit den Aufzeichnungen im Jahr 1990. Die Zahlen unterstreichen die Herausforderung, vor der die Minister stehen, wenn sie versuchen, die britische Industrie vor den hohen Energiekosten zu schützen, welche die Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in den USA und China stark benachteiligen.

Der ursprüngliche Climate Change Act von 2008 enthielt keinerlei Kosten-

Nutzen-Analyse. Wie Paul Homewood anmerkt, „wurde es fast einstimmig vom Parlament verabschiedet, weil man der Meinung war, dass die Kosten keine Rolle spielen, wenn man den Planeten retten will“. Das war auch der Fall, als Theresa May das Gesetz von 2008 änderte, um das Netto-Null-Ziel für 2019 festzulegen.

In der Zwischenzeit treibt die Regierung die Einführung von Elektroautos, das Verbot von Heizkesseln und den Ausbau der Infrastruktur für eine rein elektrische Zukunft voran, was die britische Wirtschaft über eine Billion Pfund **kosten** könnte. Der Net Zero-Report des Finanzministeriums geht munter davon aus, dass „ein erfolgreicher und geordneter Übergang“ zu niedrigeren Haushaltskosten und „umfassenderen gesundheitlichen Vorteilen“ führen wird. Doch keine ernsthafte Szenario-Abschätzung scheint zu berücksichtigen, was passiert, wenn die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen robust bleibt – wie es jede glaubwürdige Prognose besagt – und Großbritanniens selbst auferlegte Beschränkungen die Produktion und die Emissionen einfach ins Ausland verlagern, wie es bereits in den letzten zwei Jahrzehnten des wirtschaftlichen Niedergangs geschehen ist.

Energie-Realismus vs. „Klima-Führerschaft“: Trump stellt die globalistische Klima-Agenda auf den Kopf

In allen Entwicklungsländern, nicht nur in China, herrscht Energie-Realismus vor. Indiens **Botschaft** an die jährliche Klimakonferenz COP28 im Jahr 2023 war unverblümt: „Es ist ganz klar, dass Indiens erheblicher Energiebedarf für seine Entwicklung keinen Aufschub duldet... Indiens Abhängigkeit von Kohle ist entscheidend für seine Energiesicherheit vor dem Hintergrund des relativen Mangels an Erdöl und Erdgas einheimischer Herkunft.“

Afrikanische Staats- und Regierungschefs **äußern** sich immer lauter über die Heuchelei westlicher Regierungen, die sich auf dem Rücken fossiler Brennstoffe entwickelt haben und ihnen nun die gleiche auf fossilen Brennstoffen basierende **Energieleiter** verweigern. Selbst Deutschland kehrte nach Jahren der Klimapolitik zur **Verbrennung** von Braunkohle zurück, als seine Energiesicherheit nach dem Ukraine-Krieg zusammenbrach, nachdem es seine Kernkraftwerke nach Fukushima sehr kurzfristig abgeschaltet hatte.

Doch die einst geeinte Klima-Weltanschauung des „kollektiven Westens“, die in der UNO und ihren Sonderorganisationen wie dem IPCC vertreten war, ist zerbrochen. Präsident Trumps Energieteam unter der Leitung von Energieminister Chris Wright, dem Administrator der Umweltschutzbehörde Lee Zeldin und Innenminister Doug Burgum ist mit Volldampf unterwegs und feuert politische und regulatorische Initiativen in einem Tempo ab, das die Reaktionsfähigkeit der Gegner überfordert. Die eifrigen Klimagegner der Regierung haben keine Chance, sich der Trump'schen **Konterrevolution** entgegenzustellen.

Unter Präsident Trump sind die USA aus dem Pariser Abkommen [ausgestiegen](#) und haben ihre finanziellen Verpflichtungen im Rahmen der UN-Klimaagenda eingestellt. Unter dem Mantra der „Energiedominanz“ will die Trump-Regierung weiterhin die amerikanischen Stärken bei der Ausbeutung der amerikanischen Kohle-, Erdöl- und Erdgasressourcen ausspielen und eine „nukleare [Renaissance](#)“ einleiten. Die grüne Agenda, die unter der Obama-Regierung vorangetrieben und von der Biden-Regierung verstärkt wurde, die den massiven Inflation Reduction Act für den von der Demokratischen Partei favorisierten Sektor der erneuerbaren Energien auf den Weg brachte, wird nun Stück für Stück demontiert.

Großbritannien klammert sich derweil an die „Klimavorreiterschaft“, an die Vorstellung, dass ein moralisches Beispiel den Energiekurs der Welt verändern wird. Dies ist die gleiche Illusion, die Barack Obamas „große Abmachung“ mit Xi Jinping im Rahmen des Pariser Abkommens zugrunde lag, ein Abkommen, das den USA mit kostspieligen Vorschriften die Hände bindet, während es von China kaum mehr als einen vagen Höchstwert für 2030 verlangt. Wenn dies Führung ist, dann die eines Lemmings, der über die Klippe stürzt.

This article was published in The Daily Sceptic

<https://dailysceptic.org/2025/08/14/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/> (Zahlschranke)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/16/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Aktivisten wenden sich an Bundesgericht, um offiziellen Bericht der US-Regierung zu verbieten, der „feststehende“ Behauptungen der Klimawissenschaft widerlegt

geschrieben von Chris Frey | 21. August 2025

Chris Morrison, THE DAILY SCEPTIC

Wissenschaftsleugner in den USA haben sich an das Bundesgericht in Massachusetts gewandt, um eine einstweilige Verfügung gegen den jüngsten Bericht der Arbeitsgruppe des Energieministeriums (DoE) über Treibhausgasemissionen zu erwirken. Die wichtigste Erkenntnis des Berichts nach Auswertung eines Großteils der Literatur des IPCC: Computermodelle geben „wenig Aufschluss“ darüber, inwieweit das Klima auf Treibhausgase wie Kohlendioxid reagiert. Diese Beobachtung wird in den Mainstream-Medien regelmäßig ignoriert, ist aber kaum etwas Neues. Die verfügbaren Daten führen trotz aller politischen Unsinnbehauptungen über „gesicherte“ wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser unvermeidlichen Schlussfolgerung. Der Gang vor Gericht, um ein Verbot des Berichts zu erwirken, ist ein neuer Tiefpunkt in dem zunehmend verzweifelten Versuch, die Net-Zero-Phantasterei mit Hilfe von wissenschaftlichen Schreckensszenarien am Leben zu erhalten, die immer wieder aufs Neue widerlegt werden.

Die fünf renommierten Wissenschaftler, die den Bericht verfasst haben, äußerten nicht nur begründete Zweifel an der Rolle von Klimamodellen, sondern zitierten auch ausführlich Daten, aus denen hervorgeht, dass die meisten extremen Wetterereignisse nicht zunehmen und der Meeresspiegelanstieg in Nordamerika keinen steigenden Trend aufweist. Behauptungen über den Einfluss des Menschen auf einzelne Wetterereignisse werden häufig verwendet, um Klimangst zu verbreiten, aber diese wurden durch natürliche Klimaschwankungen in Frage gestellt, und es wurde eingeräumt, dass sie ursprünglich mit Blick auf „Lawfare“ konzipiert waren. Die Autoren bemühten sich, einen Großteil der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Meinungen aus den IPCC-Bewertungsberichten hervorzuheben, machten aber auch Bereiche publik, die bequemerweise heruntergespielt wurden, wie beispielsweise die jüngste massive „Begrünung“ des Planeten aufgrund höherer CO₂-Werte.

In jedem anderen Wissenschaftszweig wäre die Vorstellung, dass eine zivilisierte Diskussion und Meinungsverschiedenheiten über Fragen von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Politik durch eine Klage verboten werden sollten, absurd – ja sogar kindisch.

Aber eigentlich geht es hier nicht wirklich um die Wissenschaft. Die Kläger befürchten, dass der Bericht dazu benutzt wird, die Streichung von CO₂ aus einer Gefährdungsfeststellung aus dem Jahr 2009 zu rechtfertigen. Dies würde unweigerlich zu einer erheblichen Einschränkung der Vorschriften führen, die das Command-and-Control-Projekt „Net Zero“ unterstützen. Bei der Ankündigung der Klage wurden die Spielsachen aus dem Kinderwagen geworfen: „Zwei führende Wissenschafts- und Umweltgruppen gehen vor Gericht, um gegen die Trump-Regierung vorzugehen, die eine heimlich einberufene Gruppe von Klimaskeptikern eingesetzt hat, um einen mittlerweile weithin kritisierten Bericht zu erstellen, mit dem sie versucht, die Gefährdungsfeststellung rückgängig zu machen... Die Erstellung dieses

manipulierten Berichts unter Geheimhaltung und die Verwendung durch Administrator Zeldin [Leiter der Umweltschutzbehörde EPA] zur Untergrabung von Umweltschutzmaßnahmen gefährden die amerikanische Bevölkerung und verstoßen gegen Bundesgesetze.“ An einer Stelle wurde der Bericht als „Farce“ bezeichnet und als von „fünf bekannten Klimaleugnern“ erstellt beschrieben.

Es versteht sich von selbst, dass die beiden Kläger direkt aus der Zentrale von Green Blob stammen. Der Environmental Defense Fund ist eine große Umwelt-Aktivistengruppe, die sich mit „Lawfare“ für ihre Net-Zero-Initiative einsetzt. Aus Spendenunterlagen geht hervor, dass die Organisation im Jahr 2023 162,9 Millionen Dollar von steuerbegünstigten Stiftungen erhalten hat, darunter namhafte Spender wie der Bezos Earth Fund, Sloan und Valhalla Funds. Der zweite Kläger, die Union of Concerned Scientists (UCS), nimmt ebenfalls Stiftungsgelder an und hat in der Vergangenheit beträchtliche Beiträge von den MacArthur-, Schmidt- und Packard-Fonds erhalten. Unterdessen trägt die UCS häufig zur Heiterkeit der Nation bei, nicht zuletzt, als sie am 24. Juli eine seltsam präzise [Warnung](#) herausgab, dass derzeit 169.899.454 Menschen in den Vereinigten Staaten von extremen Wetterwarnungen betroffen seien. Mit anderen Worten: Während eines typischen amerikanischen Sommers müsste der Großteil der Bevölkerung möglicherweise seine Sonnencreme auffrischen. Diese und ähnliche alberne Panikmache haben einige dazu veranlasst vorzuschlagen, dass die Organisation eigentlich „Union of Scientists We Should be Concerned About“ (Vereinigung von Wissenschaftlern, um die wir uns Sorgen machen sollten) heißen sollte.

Unterdessen machen weiterhin aktivistische „Faktenprüfer“ mobil, um Fehler im Klimabericht des Energieministeriums (DoE) und im Vorschlag der Umweltschutzbehörde EPA zur Aufhebung der 2009 getroffenen Feststellungen zur Gefährdung durch Treibhausgase zu finden. Letzte Woche wurde bekannt, dass die von Blob finanzierte Organisation Carbon Brief [„Faktenchecks“](#) durchführt, und nun scheint es, dass auch Associated Press (AP) an einem ähnlichen Projekt beteiligt ist. AP hat sich schriftlich an die im Bericht des Energieministeriums zitierten Wissenschaftler gewandt und ihnen zehn Fragen gestellt, um „einen umfassenden Eindruck von der wissenschaftlichen Genauigkeit der Dokumente zu erhalten“. Eine noble Aufgabe natürlich, die jedoch seltsamerweise nicht durchgeführt wird, wenn andere wichtige Berichte von Gremien wie dem IPCC veröffentlicht werden. Das Projekt wird von Seth Borenstein von AP geleitet, der seit über einem Jahrzehnt über alle erdenklichen [Klimakatastrophen](#) berichtet. Er ist kein Unbekannter in der seltsamen Welt der Mainstream-Faktenprüfung. Im Jahr 2018 half er dabei, einen Brief an Scott Pruitt, den damaligen Leiter der EPA, zu verfassen, der wie folgt [lautete](#):

PRUITT: Wissen wir wirklich, wie hoch die ideale Temperatur im Jahr 2100 sein sollte, wenn wir das Jahr 2018 schreiben? Es ist ziemlich arrogant von uns zu glauben, dass wir genau wissen, wie hoch sie im Jahr 2100 sein sollte.

DIE FAKTEN: Was er als arrogant bezeichnet, ist etablierte Wissenschaft. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen sagt, dass die Temperaturen bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa 6,5 Grad höher sein werden als heute (3,7 °C), wenn die Emissionen aus fossilen Brennstoffen auf dem aktuellen Niveau bleiben.

Beachten Sie, wie Borenstein eine vernünftige Meinung von Pruitt zurückwies, indem er eine andere Meinung äußerte, nämlich dass sich die Erde in 80 Jahren um fast 4 °C erwärmen werde. Seine Meinung, die zunehmend als fantasievolle Propaganda angesehen wird, soll „etablierte Wissenschaft“ sein. Man könnte argumentieren, dass die einzige Arroganz in der Überschrift zum Ausdruck kam, die lautete: „AP FACT CHECK: Klimawissenschaft untergräbt die Ansicht des EPA-Chefs“. Im weiteren Sinne beschreibt AP seinen Faktencheck-Service als „Keine Manipulation. Keine Agenda. Nur Journalismus, der Ihre Intelligenz respektiert“.

AP erhielt seinerseits im Jahr 2022 [8 Millionen Pfund](#) von steuerbegünstigten Stiftungen, um 20 Journalisten einzustellen, die bei der Leitung einer Klimaredaktion helfen sollen. Zu den Geldgebern gehörten die Hewlett-, Rockefeller- und Walton-Stiftungen. Die eigenständige Redaktion „wird das globale Verständnis des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf der ganzen Welt verbessern“, versprach AP. „Unvoreingenommener, faktenbasierter Journalismus war noch nie so wichtig und gleichzeitig so gefährdet wie heute“, fügte Larry Kramer, Präsident der William and Flora Hewlett Foundation, hinzu. „AP behält die vollständige redaktionelle Kontrolle über alle Inhalte“, erklärte die AP in ihrer Pressemitteilung, in der sie die große Finanzspritze ankündigte.

Unterdessen hat Dr. Roger Pielke Jr., dessen Arbeit im DoE-Bericht ausführlich zitiert wird, einen Fragebogen von Borenstein erhalten. Er merkt an, dass er in den letzten beiden Fragen gebeten wird, die Berichte auf einer Skala von A bis F zu bewerten, wenn sie als Bachelorarbeit eingereicht worden wären. Die Dummheit der Aktivisten erhielt die Antwort, die sie verdiente: „Das sind absolut [lächerliche](#) Fragen, die darauf hindeuten, dass Ihr Ziel hier nicht Journalismus, sondern Mannschaftssport ist.“

Der Report des US Department of Energy: [A Critical Review of Impacts of Greenhouse Gas Emissions on the US Climate](#). Autoren: John Christy Ph.D, Judith Curry Ph.D, Steven Koonin Ph.D, Ross McKittrick Ph.D, Roy Spencer Ph.D.

Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor. Follow [him on X.](#)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/18/activists-run-to-federal-court-to-try-to-ban-official-us-government-report-that-blows-holes-in-settled-climate-science-claims/>

Kernenergie in einem freien Markt ist der Weg zu reichlicher und kostengünstiger Elektrizität!

geschrieben von Chris Frey | 21. August 2025

Ronald Stein, P.E.

Der Anstieg der Stromkosten ist in erster Linie auf die fest verankerten Monopole der Versorgungsunternehmen zurückzuführen, welche die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken und den Wettbewerb auf dem Markt behindern. Während die Stromnachfrage aufgrund von Faktoren wie der Verbreitung von Elektrofahrzeugen, dem Bevölkerungswachstum und der raschen Expansion energieintensiver Daten- und KI-Zentren stetig steigt, bleibt das Stromangebot durch veraltete regulatorische Rahmenbedingungen und Marktmodelle begrenzt.

Da sie vor Wettbewerb geschützt sind, haben die Versorgungsunternehmen nur einen minimalen Anreiz, innovativ zu sein oder die Preise zu kontrollieren. Die gestiegenen Ausgaben im Zusammenhang mit der Integration unzuverlässiger, intermittierender und energiearmer erneuerbarer Energiequellen, die Volatilität auf den Märkten für fossile Brennstoffe und die verschärften regulatorischen Anforderungen werden an die Verbraucher weitergegeben. Ohne die durch den Wettbewerb auferlegte Disziplin gibt es kaum etwas, was kontinuierliche Preiserhöhungen verhindern könnte. Wenn also die Nachfrage das Angebot übersteigt, schreiben die Grundprinzipien der Wirtschaft vor, dass die Kosten für alle, die auf das Stromnetz angewiesen sind, also für jeden, weiter steigen werden.

Historisch gesehen waren Kernkraftwerke zu etwa 97 % mit Kohlekraftwerken identisch, wobei der Hauptunterschied in der Wärmequelle lag, also der Energie, die benötigt wird, um Wasser in Dampf umzuwandeln und damit die Turbinen anzutreiben. Der Kohlebergbau sah sich einer Bedrohung seines Monopols ausgesetzt, als sich herausstellte, dass die Wärme, die durch den natürlichen radioaktiven Zerfall von Uran (U-235) entsteht, millionenfach stärker ist als die Wärme, die bei der Verbrennung von Kohle entsteht. Das Uran (U235), das als Spurenelement in der Kohle vorkommt, enthält mehr Energie als die Kohle selbst. Anstatt die Kernenergie als Konkurrenten zu betrachten, hätte die

Kohleindustrie ihre frühere Praxis fortsetzen sollen, die Kernenergie als Energiequelle der „nächsten Generation“ zu fördern. Wir versuchen, der fossilen Brennstoffindustrie einen guten Grund zu geben, zu ihrer früheren Politik der Förderung der Kernenergie zurückzukehren.

Der jüngste Boom für saubere Energie hat nicht zu einer Neubewertung der leistungsstarken Lösung der Kernenergie geführt, sondern zu den absolut schlechtesten Lösungen, die man sich vorstellen kann – Wind- und Solarenergie. **Dies sind die teuersten, unzuverlässigsten und umweltschädlichsten „Lösungen“ für die Stromerzeugung, die man sich vorstellen kann.** Die Integration dieser unsinnigen Projekte in verschiedene nationale Stromnetze ist sehr kostspielig und verursacht Stromausfälle in anderen Ländern.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die seltsame Welt der Kernenergie dreht sich um die Erkenntnis, dass die Natur uns eine einzigartige Lösung zur Verbesserung unserer Lebensqualität geschenkt hat, unsere Gesellschaft jedoch so viele Hindernisse wie möglich aufbaut, um deren Verwirklichung zu verhindern. Die kommerzielle Kernenergie kann auf eine 70-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken, auf die man stolz sein kann.

Die Vorteile der Kernenergie wurden durch die enormen Geldsummen verschleiert, die ausgegeben wurden, um in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Vorteile einen Nebel des Zweifels zu erzeugen. Verfahren wie diese wurden früher als „Kartellbildung“ oder „unlauterer Wettbewerb“ bezeichnet, aber heutzutage scheinen sie „ganz normal“ zu sein.

Dieses „Business as usual“ ist besonders beunruhigend, weil gerade die Regierung, der wir vertrauen, dass sie unsere Interessen wahrt, daran beteiligt ist, den Nebel zu erzeugen, der ihren Fortschritt trübt. Wir können so viel darüber nachdenken wie wir wollen, warum das so ist, aber wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir den Schaden rückgängig machen können, der in den letzten 40 Jahren durch die Vermarktung von Strom an die Öffentlichkeit entstanden ist.

Die Vermarktung von Strom erfolgt heute über Unternehmen, die als „Versorgungsunternehmen“ bezeichnet werden, und die derzeitige Denkweise der Regierung hat uns glauben gemacht, dass Strom nur als Monopol vermarktet werden kann.

Daher sind wir darauf beschränkt, unseren Strom nur von einem einzigen Unternehmen zu beziehen. Dies wird noch dadurch erschwert, dass es keine andere Ware gibt, die unsere Lebensqualität so direkt beeinflusst wie elektrische Energie. Wer über diese Ware verfügt, gehört zur obersten Schicht der wohlhabenden Gesellschaften. Wer sie nicht hat, wird in den Status der Dritten Welt mit einer sehr geringen Lebensqualität verwiesen. Gerade das, was uns die Natur gegeben hat, um unser Leben aus der Armut zu befreien, wird durch staatlich unterstützte Hindernisse beeinträchtigt, die uns bewusst den maximalen Nutzen dieser Gabe

vorenthalten sollen.

Selbst Befürworter der Kernenergie scheinen darauf bedacht zu sein, diese Branche zum Scheitern zu verurteilen. Kein Produkt wird vermarktet, indem man die möglichen Gefahren beschreibt, selbst wenn diese Gefahren nachweislich keine Gefahr für die Sicherheit darstellen. In fast 70 Jahren Kernenergieproduktion ist noch nie jemand durch den normalen Betrieb zu Schaden gekommen. Der Unfall von Tschernobyl ereignete sich nicht unter „normalen Betriebsbedingungen“. Bei den Unfällen von Three Mile Island und Fukushima kam niemand zu Schaden. Keine andere Branche kann auch nur annähernd eine solche Sicherheitsbilanz vorweisen. Wir akzeptieren das Risiko des Autofahrens, obwohl jedes Jahr mehr als 40.000 Menschen dabei ums Leben kommen. Wir akzeptieren das Risiko des Fliegens mit kommerziellen Fluggesellschaften, bei dem durchschnittlich mehr als 500 Menschen pro Jahr ums Leben kommen. Die Sicherheitsbelastung für diese Branchen ist im Vergleich zu der massiven Belastung, die der Kernkraftbranche durch die staatliche Beteiligung an diesem Geschäft auferlegt wird, fast nicht existent.

Es ist schwierig, die strengen Beschränkungen und hinderlichen Auflagen der Atomaufsichtsbehörde zu rechtfertigen, insbesondere wenn ihre Behauptung, Sicherheitsmängel verhindern zu wollen, im Widerspruch zu der Tatsache steht, dass die Kernkraft-Industrie in den letzten 70 Jahren die sicherste der Welt war.

Die größte Belastung für diese Industrie ist jedoch das enorme Gewicht der Versorgungsmonopole. Die Kunden müssen Strom aus einer einzigen Quelle beziehen, unabhängig von den Kosten. Wenn die enormen Kosten für „erneuerbare Energien“ auf Ihrer Rechnung auftauchen, steigt der Preis. Wenn die Kosten für Kohle und Erdgas steigen, haben Sie keine andere Wahl, als den Preis zu zahlen.

Während der zusätzliche Strombedarf in den letzten 20 Jahren bei wenigen Prozent pro Jahr lag, werden KI und Rechenzentren allein für ihre stromintensive Infrastruktur 10 % oder mehr pro Jahr benötigen. Sie werden den Preis für diesen Fehler zahlen, wenn der Strombedarf steigt. Die unveränderliche Regel für steigende Nachfrage bei konstantem Angebot lautet, dass die Kosten steigen. Ohne alternative Versorgungsmöglichkeiten werden sie weiter steigen. Warum sollte ein Monopol daran etwas ändern wollen? Es handelt sich um garantierte Gewinne, die auf Kosten der unglückseligen Stromkunden erzielt werden.

Ja, Sie sind keine „Kunden“. Sie sind „Stromzahler“. Die Rechenzentren bauenden Unternehmen haben erklärt, dass sie so hohe Preise wie nötig bieten werden, um ihren Strom zu bekommen. Selbst bei Preisen über einem Dollar pro kWh erzielten diese Zentren noch massive Gewinne, und einige haben erklärt, dass sie bei drei Dollar pro kWh (3 \$ pro kWh oder mindestens das 15-Fache des aktuellen Preises) profitabel sein werden. Wer wird also Strom bekommen? Verbraucher, die 0,20 Dollar pro kWh für

teuer halten, oder diejenigen, die bereit sind, 3,00 Dollar pro kWh zu zahlen.

Kein Stromversorgungssystem außer der Kernenergie ist skalierbar genug, um diesen wachsenden Bedarf zu decken. Darüber hinaus können die neuen Kernkraftwerkstypen den leicht verbrauchten Kernbrennstoff aus den bestehenden Kernkraftwerken recyceln, der sich in den letzten fünf Jahrzehnten angesammelt hat, und bieten so nahezu unbegrenzte Strommengen zu einem Preis von wenigen Cent pro kWh.

Die Hindernisse, die vor uns liegen, sind die Monopole der Versorgungsunternehmen, welche immer wieder erheblichen Widerstand gegen Veränderungen leisten.

Dennoch wurden sowohl AT&T als auch Standard Oil durch eine Anordnung der [US-]Bundesregierung „entmonopolisiert“. Dennoch scheint das wohl wichtigste Gut für die Bürger durch dieselbe Regierung (oder vielleicht nicht dieselbe?) dazu verpflichtet zu sein, ein Monopol zu bleiben. Strom kann über das Stromnetz problemlos direkt an die Kunden übertragen werden, genau wie Telefongespräche über Funknetze übertragen werden. Mit dem Aufkommen moderner Reaktoren der Generation IV können diese sogar ohne Stromnetz direkt Strom liefern. Wir müssen nur die Regierung aus dem Weg räumen und sie auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückführen, nämlich für uns alle zu sorgen, indem sie Gesetze schafft und durchsetzt, die Fairness in einer freien Marktwirtschaft vorschreiben.

Die freie Marktwirtschaft im Stromsektor wird Innovation und Wettbewerb fördern und zu den niedrigsten Strompreisen führen. Davon werden alle Bürger profitieren, aber wie immer muss man dies einfordern.

First Published at [America Out Loud News](#).

[Ronald Stein, P.E.](#) is an internationally published columnist and energy consultant, and a policy advisor for The Heartland Institute.

Link:

<https://heartland.org/opinion/nuclear-power-in-a-free-enterprise-environment-is-the-pathway-to-abundant-low-cost-electricity/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Deutschlandweit geht es laut DWD

nach oben mit den Julitemperaturen.

geschrieben von Chris Frey | 21. August 2025

Wurde der Juli tatsächlich wärmer seit 1991?

Von **Matthias Baritz** und **Josef Kowatsch**

Anlass unseres Artikels ist folgender [Kommentar](#) in unserem letzten Juliartikel.

Ein Leser schrieb uns völlig kommentarlos: 30-jähriger Mittelwert [°C] in Deutschland im Juli 1991-2020 18,3°C, Juli 1981-2010 18,0°C, Juli 1971-2000 17,4°C, Juli 1961-1990 16,9°C und Juli 1881-1910 16,8°C. Aktueller Wert [°C] 2025 18,4, ein Zehntel über der jüngsten Vergleichsperiode 1991-2020.

Betrachtet man die Werte auf zwei Nachkommastellen, so ist die Abweichung verschwindend gering bei 0,02 Grad. (Juli 25: 18,35°C, Vergleichsperiode 1991-2020: 18,33°C; [Quelle](#)).

Damit bestätigte er zunächst unsere Aussagen der beiden Juliartikel, deren Grafiken wir auf Basis der Original DWD-Temperaturdaten gezeichnet haben; das steht ja auch in der Grafik: Der Juli wurde laut DWD-Temperaturdaten seit 1991 wärmer

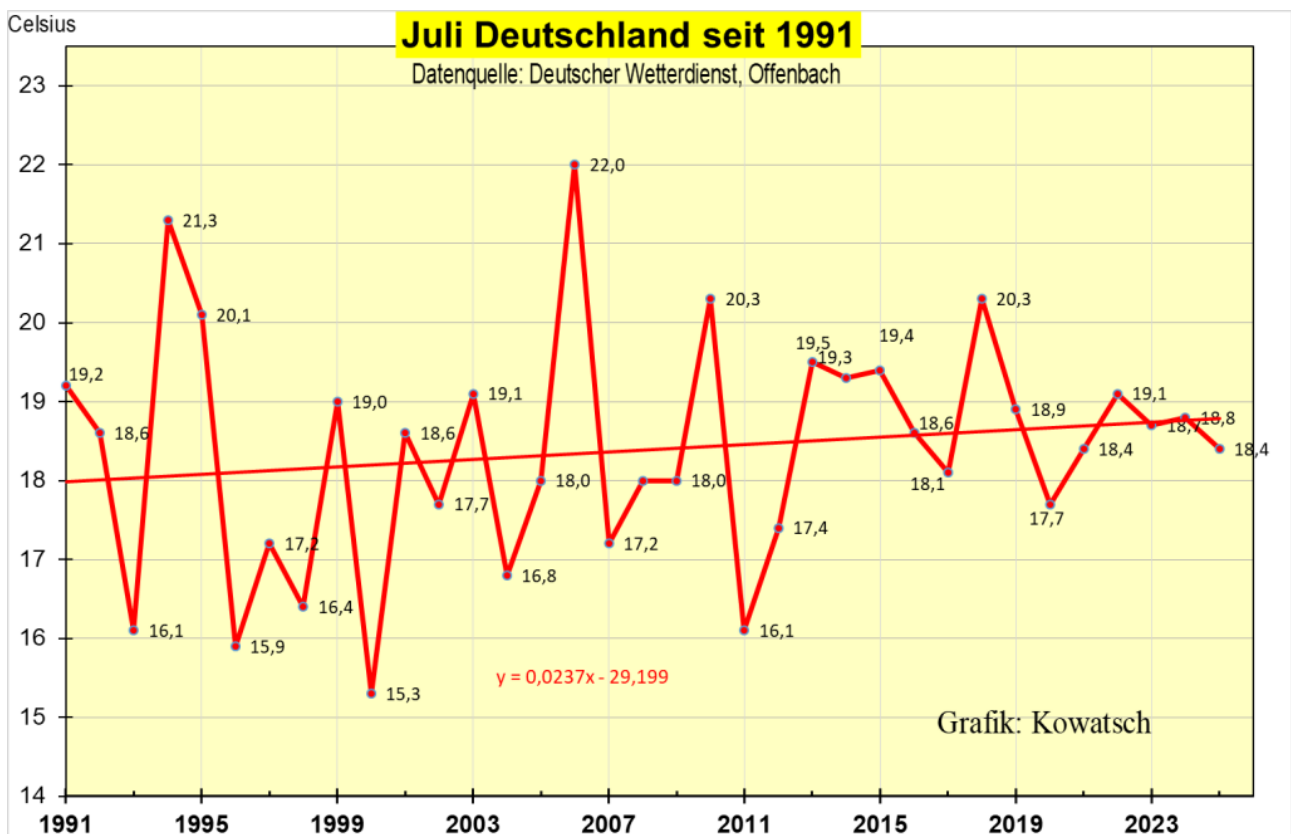


Abb. 1: Laut DWD-Daten wurde der Juli seit 1991 deutlich wärmer.

Im Gegensatz zu unserem CO₂-erwärmungsgläubigen Leser, dem allein die obigen Erwärmungsdaten der unumstößliche Beweis seines CO₂-Glaubens sind, erklären wir die „angeblichen“ vom DWD festgestellten Julierwärmungen ganz anders.

Ein wesentlicher Grund der starken Erwärmung sind auch die vielen Zehntel, mit welcher der DWD durch allerlei Mauseheleien wie Stationsversetzungen zur ganztägigen Sonnenstundenerfassung, Stationsausdünnungen, Messmethodenänderungen, die Erwärmungssteiglinie des Monats Juli seit 1991 verstärkt.

Herr Leistenschneider hat die vielen Gründe der menschenverursachten Zusatzerwärmung ausführlich in seinem Dreiteiler beschrieben: [Teil 1](#), [Teil 2](#), [Teil 3](#).

Nicht erwähnt wurde im Dreiteiler, dass der DWD nicht die gemessenen Daten einer Station veröffentlicht, sondern bei jeder seiner Stationen die bearbeiteten Temperaturdaten. Was gemessen und wie umgerechnet = homogenisiert wurde, wird nicht veröffentlicht.

Unter diesen DWD-Messstationen gibt es nun aber einige, die eine noch stärkere Erwärmung zeigen und natürlich solche, die sich weniger stark erwärmt haben. Wir orientieren uns an der Steigungsformel mit $y = 0,0237x$

Wärmeinselstarke Stationen (für uns) sind solche, deren Steigungslinie über dem DWD-Gesamtschnitt seit 1991 liegen, z.B. Hof, einst hieß die Station Hof-Land, weil sie außerhalb der Stadt ist. Hof gehört noch zu Bayern, liegt an der Grenze zu Sachsen. Wegen „ländlich“ könnte man eigentlich bei Hof voreilig auf WI-schwach tippen. Das Gegenteil ist der Fall.

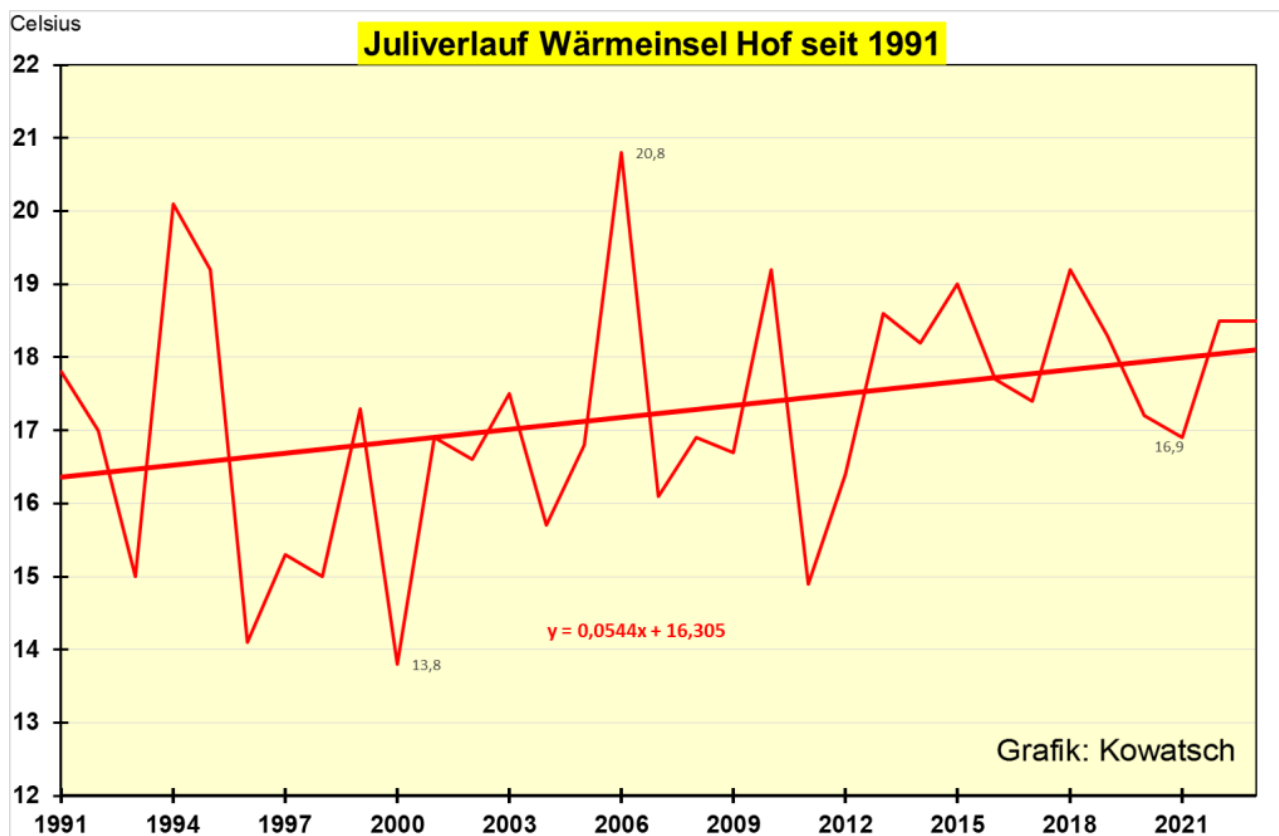


Abb. 2: Die DWD Wetterstation Hof erwärmt sich doppelt so stark wie der DWD-Schnitt

Deutschland trocknet aus, obwohl die Niederschläge sich über Jahrzehnte nur unwesentlich ändern. Mit ein Grund könnte deshalb auch die große Menge an Entwässerungsgräben sein. Das Regenwasser bleibt nicht dort, wo es herunterkommt, sondern es wird sofort in Bäche und Flüsse abgeleitet und fehlt somit zur Verdunstungskühle. Eine [Analyse](#) aus Brandenburg hat ergeben, dass sich dort ca. 24.000 km Entwässerungsgräben befinden. Aus dem Video bei Min. 5:50: „Derzeit untersuchen wir, wo die Niederschläge bleiben. Denn selbst wenn es mehr als sonst regnet, ist die Landschaft knochentrocken. Es kommt fast nichts im Grundwasser an. Die einzig logische Erklärung: Das Wasser läuft durch das 24000 Kilometer lange System der Entwässerungsgräben ab.“

Daher ist auch zu erklären, dass scheinbar ländliche Stationen eine deutlich größere Steigung der Temperaturtrendlinie, 1991-2025, als Gesamt Deutschland ($m = 0,0237$, s. Abb. 1) haben: Klippeneck $m = 0,0522$, Martinroda $m = 0,0559$, Freudenstadt $m = 0,0519$, Stötten $m = 0,0529$ oder Hohenpeißenberg $m = 0,0527$. Und somit zählen sie bei uns zu den wärmeinselstarken DWD Stationen.

Wärmeinselschwache Stationen

Nicht weit davon entfernt ist in Sachsen die private Wetterstation Amtsberg im ländlichen Dittersdorf. Also auch eine ländliche Station wie Hof. Der Juliverlauf ist ganz anders

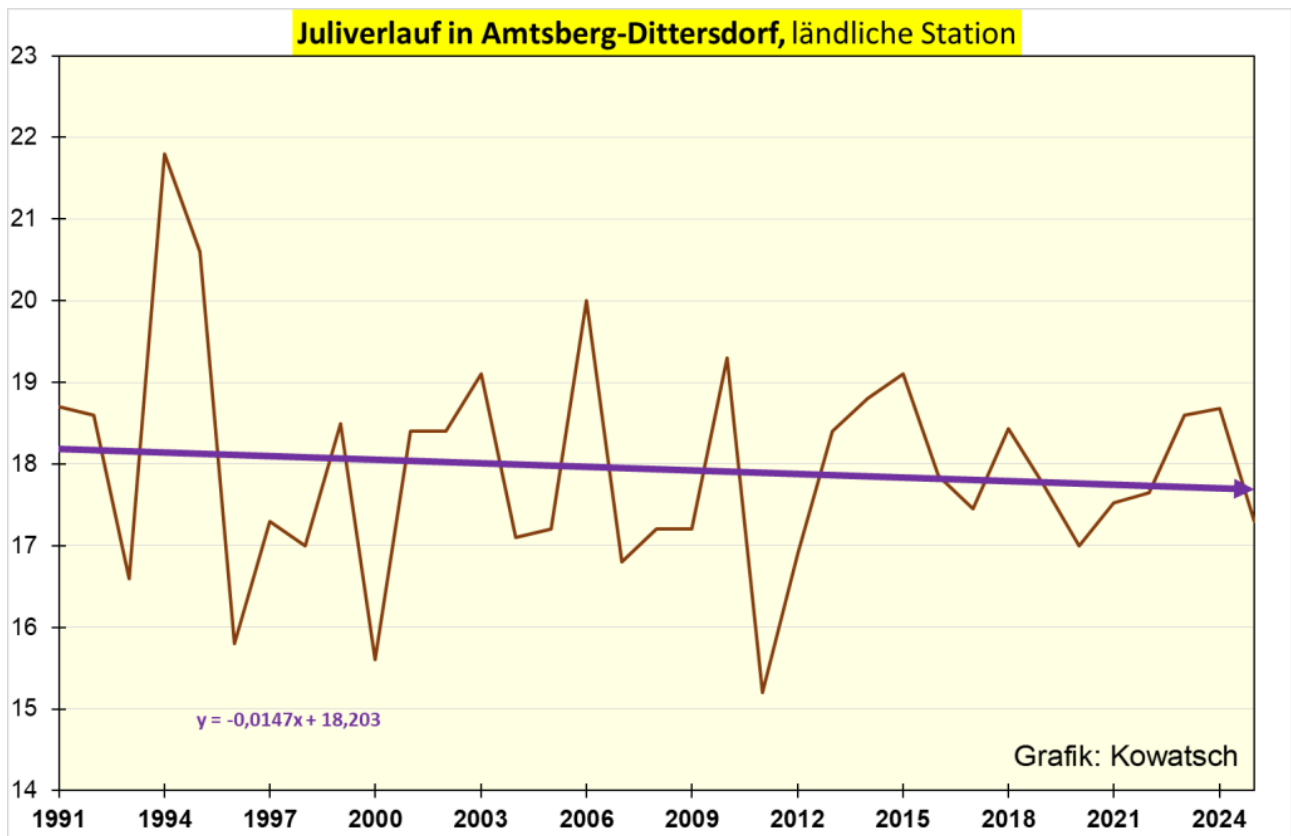


Abb. 3: Die Privatstation Amtsberg registriert eine leichte Juliabkühlung seit 1991

Erklärung: Im Gegensatz zu allen DWD Wetterstationen steht die Privatstation Amtsberg unverändert seit 1982 am selben Platz im Vorgarten des Stationsleiters, der kleine Weiler Dittersdorf blieb bei der Bebauung, Dorfversiegelungsmaßnahmen etwa gleich. Damit hat sich an den Standortbedingungen fast gar nichts geändert seit 1982. Einzige Änderung bei der Messmethode war der Austausch der herkömmlichen analogen Erfassung durch Digitale im Jahre 2005, in der Wetterhütte. Aber genau dieselben Messgeräte wie auch der DWD verwendet.

Der große Unterschied zwischen Hof und Amtsberg ist somit die Änderung der Standortumgebung. Hof wurde in ein Gewerbegebiet mit vierspuriger Bundesstraße (Autobahnzubringer) direkt an der Messstation vorbei, eingemauert und ist nun ganztägig sonnenbeschienen. Ganztägig sonnenbeschienen. Diese Bedingung erfüllt Amtsberg nicht, aber hat sie auch vor 2005 nicht erfüllt. Fast alles blieb gleich. Deswegen sind die Messdaten von Amtsberg viel besser mit sich selbst vergleichbar und da kommt nun mal eine leichte Juliabkühlung seit 1991 im Raum Amtsberg/Sachsen heraus.

Ungefähre Abschätzung der beim DWD menschengemachten Zusatzerwärmung seit 1991

Wir vergleichen das Jahr 2025 mit den Referenzperioden

Bei DWD-Deutschland lag der Juli mit 18,4°C ein Zehntel über der Vergleichsperiode 1991 bis 2000. Bei Amtsberg hingegen lag der Juli 2025 mit 17,3°C um sechs Zehntel unter der eigenen Vergleichsperiode 1991 bis 2020.

Das ergibt eine „mensenverursachte Zusatzerwärmung“ bei den DWD-Stationen von 0,7 Grad seit 1991 gegenüber Amtsberg

Damit wollen wir nicht sagen,

1. Dass der Juli überall in Deutschland seit 1991 leicht kälter wurde. Das „Leicht kälter“ mag für Amtsberg am Fuße des Erzgebirges gelten.
2. Dass der DWD durch die vielen Mauscheleien, wie sie von Herrn Leistenschneider beschrieben wurden, den Juli um 0,7 Grad seit 1991 wärmer gemacht hat.

Wir wollten aber zeigen, dass neben der natürlichen Sommererwärmung Mitteleuropas seit 1987/88, die haben wir in unserem [Juliartikel Teil 1](#) beschrieben, ein erheblicher Teil an menschengemachter Zusatz-Temperaturmauscheleien dazukam.

Wurde der Juli seit 1991 tatsächlich wärmer in Deutschland? fragten wir in der Überschrift. Die Beurteilung überlassen wir nach Darstellung der Fakten dem Leser.

Merke: Die Erde steht nicht vor dem Hitzekollaps. Klima killende Treibhausgase, Kippunkte und dergleichen Blödsinn sind Erfindungen, um uns zu ängstigen. Es handelt sich um ein durchtriebenes auf Lügen aufgebautes Geschäftsmodell, das nur unser Geld will. Und wer in den Kommentaren dieses Geschäftsmodell des CO₂-Hitzetodes der Erde verteidigt, verdient meist an der Geldumverteilung mit, so wie unser Kommentarschreiber, siehe Anfang.

Wir müssen als aktive Naturschützer und Demokraten die unnützen teuren Maßnahmen der Regierung zur angeblichen Klimaretterung zurückweisen und deutlich Stellung beziehen. Das Klima ist überhaupt nicht aus den Fugen geraten, das Klima ist so normal wie immer.

Macht mit bei der Aktion: „Stoppt die CO₂-Erwärmungslüge“!

Matthias Baritz, Naturschützer und Naturwissenschaftler, Josef Kowatsch, Naturbeobachter, Naturschützer und unabhängiger, weil unbezahlter Klimaforscher.